

AUSHÖLUNG DES ASYLRECHTS

Schneller und mehr abschieben

Joël Adami

Die Reform der Asylprozeduren sieht schnellere Verfahren für Menschen aus vermeintlichen „sicheren Drittländern“ vor. Ihre Möglichkeiten, gegen Entscheidungen der Behörden vorzugehen, werden dagegen stark eingeschränkt.

Am vergangenen Mittwoch stellte Innenminister Léon Gloden (CSV) einen Gesetzesvorschlag für die Umsetzung des „Europäischen Migrations- und Asylpaktes“ vor. Damit ändert sich die Art und Weise, wie mit Asylsuchenden umgegangen wird, grundsätzlich. So ermöglicht es der Pakt, ganz legal Menschen in Lagern festzuhalten (woxx 1782).

Luxemburg sei ein „großzügiges und solidarisches Land“, behauptete Gloden auf der Pressekonferenz, das Großherzogtum habe im Vorjahr immerhin EU-weit an siebter Stelle der Asylbewerber*innen pro Kopf gestanden. Die Zahlen jener, die in Luxemburg um internationalen Schutz angesucht haben, sind zwischen 2024 und 2025 um 12 Prozent zurückgegangen.

Die größere Neuerung im Asylverfahren ist ein „Filtern“ der Asylsuchenden. Innerhalb von nur drei bis sieben Tagen soll ihre Identität festgestellt werden. Dabei wollen die luxemburgischen Behörden auch identifizieren, wie gefährlich, gesund oder vulnerabel eine Person ist. Erst dann soll entschieden werden, ob der*die Asylbewerber*in eine Asylprozedur zugestanden bekommt, abgeschoben oder in ein anderes EU-Land, das für die Prozedur zuständig sein soll, zurückgeschickt wird. Rund 350 Personen sollen monatlich das „Filterzentrum“ durchlaufen. Dieses wird in einem ehemaligen Gebäude der Arbeitsagentur Adem im hauptstädtischen Bahnhofsviertel eingerichtet und soll 40 Mitarbeiter*innen beschäftigen. Wie Gloden in einem Interview im „Radio 100,7“ angab, sollen dort auch Menschen eingesperrt werden, während andere sich frei bewegen dürfen. Asylsuchende, die am Flughafen Findel – der einzigen Außengrenze Luxemburgs – einreisen, erwartet unter bestimmten Umständen eine Prozedur „an der Grenze“, was in diesem Fall ein Euphemismus für das „Centre de rétention“ ist.

Auch Kinder können künftig eingesperrt werden, sofern es sich um unbegleitete Minderjährige handelt, die älter als 16 Jahre sind und eine „Gefahr für die öffentliche Ordnung oder die nationale Sicherheit darstellen“. Das soll allerdings die Ausnahme bleiben. So wird eine Kommission eingerichtet, die sich um das Wohl unbegleiteter Minder-

jähriger kümmern soll, die in einen anderen EU-Mitgliedsstaat zurückgeführt werden. Die Fingerabdrücke von Kindern ab sechs Jahren werden in einer europäischen Datenbank gespeichert – auch, um sie möglicherweise mit ihrer Familie zusammenführen zu können. Es ist ebenfalls vorgesehen, unbegleiteten Minderjährigen sofort einen provisorischen Vormund zur Seite zu stellen, um sie in ihrem Verfahren zu begleiten.

Kaum noch juristische Mittel

Alle Verfahren sollen – sowohl für Erwachsene als auch für Kinder – künftig schneller ablaufen. An dieser Stelle wird das Asylrecht besonders dramatisch aufgeweicht, denn es wird eine „schnelle Prozedur“ eingeführt. Die gilt für Asylbewerber*innen, die aus sogenannten „sicheren Drittländern“ oder Ländern, aus denen weniger als 20 Prozent der Anträge angenommen werden, kommen. Innerhalb von drei Monaten soll dann darüber entschieden werden, ob ihnen Asyl gewährt wird. Für diese Verfahren haben Einsprüche keine aufschiebende Wirkung mehr, Berufungen sollen nicht möglich sein. Innerhalb des Verwaltungsgerichtes wird ein neues Asyl- und Immigrationsgericht geschaffen, das für diese Fälle zuständig ist. „Menschen die keine Perspektive haben, das Flüchtlingsstatut zu bekommen, sollen keine falsche Hoffnungen gemacht bekommen. Dafür sollen diese Menschen schnell eine Antwort, das heißt eine Ablehnung bekommen, und dann auch schnell in ihr Land zurückkehren können“, sagte Gloden auf der Pressekonferenz dazu und suggerierte damit fälschlicherweise, man könne anhand der Nationalität den Ausgang eines Asylverfahrens ablesen. Wer in einem angeblich „sicherem Drittstaat“ wegen seiner politischen Meinung, seines Glaubens oder seiner Sexualität verfolgt wird, hat durchaus ein Recht auf Asyl. Die „normale“ Prozedur für Asylbewerber*innen aus Ländern mit einer Anerkennungsrate von über 20 Prozent soll künftig nur noch sechs Monate dauern. Einsprüche sollen hier wie bisher eine aufschiebende Wirkung haben und Berufungen möglich sein.

Im Interview mit „radio 100,7“ sprach sich Gloden gegen Asylzentren, jedoch für „Rückführzentren“ an den EU-Außengrenzen aus. Gegenüber dem „Luxemburger Wort“ hatte er verlautbart, gemeinsam mit Deutschland abgelehnte Asylbewerber*innen nach Syrien, dessen islamistische Regierung aktuell kurdische Streitkräfte attackiert hatte, abschieben zu wollen.

Disparitions : Ternium fait la sourde oreille

(fg) – Il y a trois ans, Ricardo Arturo Lagunes Gasca, avocat spécialisé en droits humains, et Antonio Díaz Valencia, leader autochtone nahua, étaient kidnappés à Aquila, au Mexique. Les deux hommes défendaient les droits environnementaux et territoriaux de la communauté locale face aux activités minières nuisibles de Ternium Mexique, une filiale de la multinationale luxembourgeoise Ternium. Ils ne sont jamais réapparus depuis. Ternium décline toute responsabilité dans leur disparition, tandis que des ONG locales et des avocats internationaux, qui défendent les intérêts de leurs familles, estiment que l’entreprise luxembourgeoise porte une part de responsabilité dans leur enlèvement. Soutenues par l’ONG luxembourgeoise Initiative pour un devoir de vigilance, les familles des deux disparus tentent depuis trois ans de dialoguer avec la direction de la multinationale. Mais celle-ci refuse obstinément de les rencontrer et n’est jamais entrée en contact avec elles, contrairement à ses affirmations. Les ONG demandent à la multinationale d’engager un « dialogue sérieux » avec les familles et de coopérer aux efforts de recherche des deux hommes. Une plainte a été déposée auprès du point de contact national de l’OCDE au Luxembourg pour la conduite responsable des entreprises. La procédure est en cours, mais Ternium continue à faire la sourde oreille. « L’absence de vérité et de justice reste une blessure ouverte pour leurs familles et leurs proches », fustige l’Initiative pour un devoir de vigilance.

Luxemburgs Gesundheitsprofil

(mc) – Im Rahmen der EU-Initiative „State of Health in the EU“ wurde am 13. Januar das aktuelle Gesundheitsprofil für Luxemburg vorgestellt. Der alle zwei Jahre erscheinende Bericht vergleicht die Gesundheitssysteme der EU-Mitgliedstaaten sowie von Island und Norwegen. Mit einer Lebenserwartung von 83,5 Jahren belegte Luxemburg 2024 hinter Italien, Schweden und Spanien den vierten Platz. Frauen können ab 65 Jahren im Schnitt noch 22,2 Jahre erwarten, Männer 19,6 Jahre (EU-Durchschnitt: rund 21,5, bzw. 18,5 Jahre). Die Zahl der gesunden Lebensjahre unterscheidet sich dabei kaum (9,8 Jahre bei Frauen, 9,7 bei Männern). Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebs machten 2023 rund die Hälfte aller Todesfälle aus, jeder vierte Todesfall im Jahr 2021 war auf verhaltensbedingte Risikofaktoren zurückzuführen. Während der Tabakkonsum zurückging, geben der zunehmende Konsum von E-Zigaretten, Bewegungsmangel und Adipositas – insbesondere bei Jugendlichen – Anlass zur Sorge. Luxemburg schneidet bei der durch Prävention und Behandlung vermeidbaren Sterblichkeit besser ab als die meisten EU-Länder, bei der Versorgung chronischer Erkrankungen besteht jedoch weiterhin Verbesserungsbedarf. Kritisch gesehen werden zudem die geringe Nutzung von Generika sowie problematische Medikamentenverschreibungen bei älteren Menschen, etwa mit Benzodiazepinen. Die Gesundheitsausgaben pro Kopf lagen 2024 mit 4.614 Euro über dem EU-Durchschnitt. Gemessen am Bruttonationaleinkommen fällt der Anteil mit 8,3 Prozent jedoch niedriger aus als im EU-Durchschnitt von rund 10 Prozent.

Forum 447: Lesen

(ja) – 50 Jahre gibt es die Autor*innenzeitschrift Forum nun schon. Das Dossier der eben erschienen Jubiläumsausgabe ist jedoch keine Nabelschau, sondern dreht sich um das Thema Lesen. Die meisten Beiträge konzentrieren sich auf die Rezeption literarischer Werke, nur ein Artikel untersucht die neurobiologischen Aspekte des Lesens. Zwei Beiträge sind erstaunlich kulturpessimistisch und geben die immergeleichen „Talking points“ der amerikanischen Rechten wieder. Zum Glück überwiegend die interessanteren Beiträge, etwa über die Luxemburger Verlagslandschaft, das „Centre national de littérature“ oder die Arbeit von freien Lektor*innen im Großherzogtum. Poetin Ulrike Bail erklärt erhellend, wie man Gedichte liest. Zur Abrundung des Dossiers geben sechs Luxemburger Autor*innen Lektüretipps. Eine tiefergehende Auseinandersetzung mit neueren Phänomenen wie Booktook oder dem Romantasy-Genre fehlt leider. Außerhalb des Dossiers sticht besonders der Beitrag über das Projekt „École du goût“, das nicht nur Kinder an eine gesunde und nachhaltige Esskultur führen will, heraus, daneben sind – wiederum passend zum Dossierthema – Buchrezensionen abgedruckt.